

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werben die Exponate oder beim Raum mit 20 Pfg. ...

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis

Der Halle durchschnittlich 2,50 Mk. ...

Halle Nr. 233. — Expedition Nr. 178.

[Bezugspreis: Halbes Jahr 12 Mk. — Expedition Nr. 178.]

Stierendrechtlicher Jahrgang.

Nr. 306.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 4. Juli

1900.

Eine Kolonialarmee.

Die Ereignisse in China, die, wie es fast den Anschein gewinnt, mehr und mehr sich zu einem Kampfe der beiden gegen die weiße Asien, des Unglaubens und der Barbarei gegen das Christentum und die Kultur zuzuspitzen beginnen, stellen an die Mächte und Völker des Deutschen Reiches Anforderungen, wie sie bisher in gleicher Umfang in der neuen deutschen Geschichte noch nicht zu verzeichnen gewesen sind.

Wenn man sich mit diesem Gedanken, der in den Auslassungen der Tagespresse angeblich recht häufig ausgesprochen wird, etwas eingehender beschäftigen will, dann wird man nicht wenig staunen, nämlich einmal den Begriff „Kolonialarmee“ nicht zu verstehen. Eine Kolonialarmee ist eine ganz besondere Art von Kolonialarmee, die sich aus dem eigentlichen Wesen einer solchen Armee ausmachen läßt und auch bereits personifiziert ist in der Kolonialarmee, die Frankreich vor nicht langer Zeit ins Leben gerufen hat und die England theilweise in seinen recht ausgeübten Befehlungen unterstellt, kennzeichnet sich dadurch, daß die koloniale militärische Macht aus Eingeborenen der Kolonien unter der Führung deutscher Offiziere und Unteroffiziere zusammengefaßt ist und wie haben ja hierzu im kleinen den Anfang bereits in den Schutztruppen, die in Kamerun und Ostafrika sich bisher vortrefflich bewährt haben.

Was diese letztere Art von Kolonialarmee, um den Ausdruck beizubehalten, ausmacht, so wird von vornherein daran festgehalten werden müssen, daß sie ihrer eigentlichen Aufgabe nur unvollkommen dienen kann, wenn sie Erfolg und Wirkung in den meisten Fällen von der Schnelligkeit abhängen, mit welcher die entsprechenden Mittel ergriffen werden, so wird bei Ausfällen und kriegerischen Veränderungen gerade in überseeischen Gebieten — die Ereignisse in China bezeugen das — außerordentlich viel auf die sofortige Aktionsbereitschaft der Truppen ankommen, die natürlich bei dieser Art Kolonialarmee ausgedehnt ist. Dazu kommt aber, daß ein solcher größerer Expeditionskörper, der naturgemäß nur aus Freiwilligen zusammengefaßt werden kann, ganz außerordentliche finanzielle Aufwendungen erfordern würde, die sich durch den Mangel, der dem Reich aus den überseeischen Gebieten erwächst, doch nur unvollkommen ausgleichen lassen.

Unzweifelhaft der eben aus Eingeborenen zu bildenden Kolonialarmee liegen die Verhältnisse bezüglich deren Verwendungs-bereitschaft allerdings wesentlich günstiger, auch die Kosten der Unterhaltung einer solchen Truppe würden erheblich niedriger sein, als es bei europäischen Mannschaften der Fall wäre, dagegen hätte hier der Grad der Selbstständigkeit der eingeborenen Mannschaften Gegenstand sorgfältiger Erwägung zu sein, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten und anderen sehr nachteiligen Dingen, die bei der Bildung und Verwendung einer solchen doch immer nur bedingt zuverlässigen Streitkräfte in Ostasien entgegenstehen.

China nun gleich die Notwendigkeit herbeizuleiten, eine derartige Institution auch für Deutschland ins Leben zu rufen. Sorgen und hoffen wir, daß es Frankreichs Initiative unserer Kaiserin im Verein mit den anderen Mächten einigt, die der Kristallisation im Osten drohende Gefahr nachdrücklich zu begegnen, für die der beidseitigen Fügung und dem Deutschen Reich angelegte Mißachtung und Verleumdung volle Ehre und Vergeltung zu erhalten, sowie ausreichende Garantien für die Zukunft zu schaffen, zur Behandlung der Frage der Schaffung einer Kolonialarmee wird dann noch Zeit und Gelegenheit genug sein.

Deutsches Reich.

Verordnungen und Personalnachrichten.

* Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Ernennung des Ministerialdirektors von Bischoffshausen zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern.

Dem Reichstag.

In Metz ist der sog. Reichstagtag versammelt gewesen; es waren Vertreter der an der Realisierung der Wöfel intervenierten Gemeinden, Handelskammern und Vereine anwesend. Die Rede des Herrn v. Sarrbrienen, die der Kristallisation im Osten drohende Gefahr nachdrücklich zu begegnen, für die der beidseitigen Fügung und dem Deutschen Reich angelegte Mißachtung und Verleumdung volle Ehre und Vergeltung zu erhalten, sowie ausreichende Garantien für die Zukunft zu schaffen, zur Behandlung der Frage der Schaffung einer Kolonialarmee wird dann noch Zeit und Gelegenheit genug sein.

Die sächsischen Nationalliberalen

hielten am vergangenen Sonntag in Dresden eine Vertrauensmänner-Versammlung ab, in der eine lebhafteste Aussprache über die sächsische Landespolitik stattfand, wobei aus allen den zahlreichen Reden die Ansicht der Notwendigkeit herausklang, daß die Partei und ihre Organe in Zukunft eine entschiedene liberale Politik befolgen. Um die breiten Massen von der Notwendigkeit einer selbständigen national-liberalen Partei in Sachsen zu überzeugen, sollen die Versprechungen des National-liberalismus aus dem Gebiete der Landespolitik in einem Programm zusammengefaßt werden. In dem Programm-entwurfs wird man ebenfalls auch die Aufschlüsselung der verschiedenen Konzeptionen und National-liberalen, die infolge des Kartells bei der ordnungsparteilichen Verbesserung in Bergeshöhe getrieben sind, mit Schärfe hervorheben. Einmalig werden die National-liberalen die Frage einer gereinigten Sozialfrei-Gewinnung, die bereits von verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppen, n. a. von den Hausbesitzervereinen, aufgenommen wurde, in Blick zu bringen versprochen. In der Versammlung wurde mit Einigkeit be- stimmt, daß bei der heutigen Sozialfrei-Gewinnung die Städte zu Gunsten des platten Landes stark benachteiligt sind.

Die National-liberalen Sachsen scheinen hiernach nicht gewillt zu sein, den Weg, den ihnen Herr Hoffmann und der Centralvorstand in Berlin vorgezeichnet, mitzugehen, denn dieser Weg führt hart Seite an Seite mit den agrarischen und konservativen Elementen in die Area der Schutzzölle hinein und läuft entgegenge setzt von einer entschieden liberalen Politik. Vorausgesetzt, daß es den sächsischen National-liberalen ernst ist mit ihrem Vollen, dürften diese Dresdener Änderungen nur befähigen, was wir früher schon gelegentlich als Verarmung ausgesprochen haben, nämlich, daß die wichtigsten national-liberalen Elemente nicht dazu zu haben sein werden, den Agrarischen Sozialpolitik zu helfen und sich mit der Reaktion derart einzulassen, wie es Hoffmann und seine Getreuen haben möchten, zu aliiieren. Die Zeiten sind nicht dazu angethan, einem solchen Kartell in weiteren Wählerkreisen Freunde zu werden; liberale gehen zu den Liberalen, rechts und links beginnen sich täglich mehr und mehr zu scheiden und deshalb begrüßen wir die Änderungen der sächsischen national-liberalen Vertrauensmänner als ein wenn auch vorläufig nur schwaches Anzeichen einer Gegenströmung zur Hoffmann'schen Wirtschafts- und Zollpolitik.

Politik.

* Zu der Rede des Kaisers in Wilhelmshaven, die wir im gestrigen Abendblatt veröffentlichten, sagt die „Reine Presse“:

„Aus der eintönigen Sprache ist zu erkennen, daß von Deutschland die militärische Praxistätigkeit zu gewärtigen ist, aber auch, daß Deutschlands Praxistätigkeit, bis zum Ende des Jahres, seinen Platz an seiner Seite zu haben. Dies wird wohl auch zweifellos der Fall sein, darin stimmen wohl alle Mächte mit dem deutschen Kaiser überein, daß ihre Kräfte freier auf den Meeren betätigt werden und den Chinesen Frieden diktieren müssen. Dieser wieder gebietliche Notwendigkeit treten zunächst alle nötigen Fragen zurück.“

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ sagt: „In temperamentvoller, begeisterten Anfrucht sprach der deutsche Kaiser aus, daß heute ganz Europa bewegt. Es liegt den anderen Mächten gleichwohl ob, den Zustand in seinem Nachwerke zu unterziehen und den Chinesen gegenüber die Solidarität Europas zu betonen.“

* Die „Post“ schreibt ansehend offiziell: Zur Einberufung des Reichstages, die jetzt mit Rücksicht auf die künftigen Wirren nachsach in der Presse gefordert wird, läge eine rechtliche Notwendigkeit nur dann vor, wenn zur Verteilung der Kosten der Expedition nach China eine Reichs-anleihe aufgenommen wäre. Dies ist wenigstens zur Zeit aber jedenfalls noch nicht der Fall; denn zur vorläufigen Verteilung dieser Kosten, soweit sie in den laufenden Einnahmen des Jahres 1900 nicht Deckung finden, steht vorerst noch der Ueber-schuss des Jahres 1899 mit mehr als 30 Millionen Mark zur Verfügung, weil dieser nach der Reichsverfassung zur Ver-teilung des Ausgabebedarfs des Jahres 1901 zu verwenden ist. Die Gründe, die sich für eine baldige Einberufung des Reichstages mit einem gewissen Recht geltend machen lassen, liegen auf anderem Gebiete. Das Recht der Regierung, über die eintönigste Ermächtigung hinaus Aus-gaben unter dem Vorbehalt nachträglicher Genehmigung des Reichstages zu leisten, ist ein Vorrecht, das nach dem Geiste der Verfassung nur in zwingenden Fällen an-gewendet werden darf. Sobald sich um Sicherheit übersehen läßt, daß nicht nur außerordentliche Ausgaben in beträcht-licher Höhe erforderlich werden, sondern auch der voranschrei-tende Betrag dieses außerordentlichen Bedarfes sich einwei-gen lassen dürfte, entspricht es dem Geiste des Verfassungs-rechts, daß der Weg vorläufiger Veranlagung verlassen und die Verteilung der Mittel im ordentlichen Wege — sei es durch Nachträge, sei es durch Billigung einer Anleihe — unter Mitwirkung des Reichstages erfolgt.

Das unter „Kriegsbesitz“ Entschienen in China sehr er-schütternde Nachrichten über den Fortschritt der Expedition, unterliegt jetzt keinem Zweifel, sobald sich dieser außerordentliche Bedarf mit einiger Sicherheit veranschlagen läßt, würde der Zeitpunkt einmüde sein, dem Reichstag zur Bewilligung der für die künftige Expedition erforderlichen Mittel zusammen zu berufen. Das verlangt die Loyalität in den Verhältnissen der gegebenen Faktoren, welche die Voraussetzung für deren Zusammenwirken bilden; nicht minder aber auch die politische Klugheit, welche, je mehr Werth auf die verfassungsmäßige selbständige Stellung der Regierung gelegt wird, mit um so größerem Nachdruck für die sorgfältige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung spricht.

* Ueber die lex Heinze im Reichstag äußerte sich Ag. Trimborn in einer Veranlagung der Bömer Central-partei dahin, man habe sich durch die Verhandlungen überzeugen müssen, daß im Reichstag die Elemente für einen demo-kratifchen Kulturkampf nach französisch-republi-kanischer Manier reichlich vorhanden sind, insbesondere auch beim Freisinn. Jetzt hätten die Antipoden Deutschlands wieder die Wahrung erlangen, auf der Hut zu sein und die Wahrung nicht abzugeben. — Was haben denn die §§ 184 a und 184 b besonders mit dem Reichstages gemein? Auch Stöcker ist für dieselben eingetreten. Einwogung handelt es sich hierbei um Demokratie oder gar Republikanismus. Denn die Sache des Reichstages selbst, gegen diese Paragrafen ge- stimmt. Die Regierung wollte den § 184 b überhaupt nicht.

* Von offiziöser Seite wird folgende Mitteilung verbreitet: „Der vom Reichstag neuerdings gefasste Beschluß zu Gunsten der Gewehr- u. Munitionsgewerbetreibenden an die Reichstagsabgeordneten bildet zur Zeit den Anlaß zu einem Meinungsaustrausch der verbündeten Regierungen untereinander. Wie aus unrichtigen Kreisen verlautet, ist das Ergebnis der Verhandlungen mit Sicherheit noch nicht abzusehen, doch befindet sich die Er-wartung, daß dem Reichstage schließlich eine Vorlage im Sinne seiner Wunsch-Anforderung gemacht werden wird. Dabei wird aber gleich betont, daß in der nächsten Session eine solche Vorlage keinesfalls eingebracht werden würde. Vielmehr soll, wenn überhaupt, dann frühestens 1902 der Fall sein. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß der Reichstag erst in seiner letzten Session damit befaßt werden soll, für den nächsten Reichstag und überhaupt für die künftigen gesetzgebenden Körper die Munitionsgewerbetreibenden zu bestimmen und gesetzlich zu regeln.“ — Es hat lange genug gedauert, bis sich die verbündeten Regierungen endlich auf den Standpunkt von Recht und Billigkeit zu stellen vermochten.

Der Arbeitserwerb im Berliner Baugewerbe hat in einem Rundschreiben über die Streikverhältnisse in Bauverträgen die Nachricht verbreitet, der Berliner Magistrat habe auf Intervention des überaus verzögert und der Charlottenburger Magistrat habe sich der Streikverhältnisse gefügt. Nachdem die erstere Nachricht richtiggestellt ist, der Berliner Magistrat hat lediglich in einigen augenblicklich drängenden Beträgen die Konventionale-rolle fallen lassen, setzen wir jetzt in der Halbmonatschrift „Der Arbeiter“ die von derselben Stelle aus be-zugnehmend über den Charlottenburger Magistrat habe die Streikverhältnisse gefügt, geht auf eine ähnliche Entscheidung zurück. — Der Arbeitgeber „Arbeitsschutz“ ist der Erlaubung Dr. Jantzen, der gleichzeitig Stadtrat in Charlottenburg ist, in der Wichtigkeit seiner Bemerkung ist daher wohl nicht zu zweifeln. Es wäre nun aber von Interesse zu wissen, was denn eigentlich der Charlottenburger Magistrat beschlossen hat. Rücksicht auf den Verband der Hausbesitzer-Vereine hat dem Magistrat die Streikverhältnisse liegende Gefahr aus-merksam gemacht, ist die Frage, wie die Behörden sich dazu stellen, nur noch wichtiger geworden.

Ein Verband für die Kanonisation von Josef und Sankt Barbara im Bistum Wien...

Zur Entschärfung der Frage, ob es wünschenswert ist, neben den bestehenden Vagantenvereinen noch für Vagantenvereine zu gründen...

Die Frage der Arbeitslosigkeit in Wien... Ueber die Lage der Arbeitslosen in Wien...

Der Verlauf des Strohpreises... In Wien ist der Strohpreis...

Die Straßensperre gegen die Woll... Ueber die Straßensperre gegen die Woll...

Ausland.

Die Tschechen feiern demonstriert die Fürstin... Die Tschechen feiern demonstriert die Fürstin...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Frankreich... Frankreich hat wieder eine Sionageaffäre...

Großbritannien... Der Lord-Major von London gab gestern dem gegenüber...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Griechenland... Zur Kesselfrage der großen Unzufriedenheit...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Zürich... Die Woll... Ueber die Woll...

Nordamerika... In der Präsidentenwahl...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Washington-Demokratie... Der amerikanische... Washington-Demokratie...

Provinzialnachrichten.

Weinheim, 3. Juli... Bei den ersten Stadterweiterungen...

Wien, 3. Juli... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Die Woll... Ueber die Woll...

Bemischtes.

Das Aufschiff des Grafen... Ueber die Woll...

